



Mitteilung der Kommunistische Partei Deutschlands

Berlin, den 28.09.2021

Standpunkt der KPD zur Impfpflicht

Seit über 18 Monaten werden durch die Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie, hervorgerufen durch das Coronavirus SARS-CoV-2, das gesellschaftliche Leben, die persönlichen Freiheiten, Wohlbefinden und Gesundheit der Einwohner der BRD massiv beeinträchtigt. Medizinische Hintergründe werden der Bevölkerung in den Medien ebenso wenig gemäß dem Bildungsstand der Mehrheit erläutert wie die ständig wechselnden und kleinstaatlerisch desorganisierten Infektionsschutzmaßnahmen. Die Impfstoffentwicklung wurde nicht zentral entsprechend epidemiologischer Erfordernisse vorangetrieben, sondern erfolgte als profitorientierter Wettlauf vieler Unternehmen mit dem Ergebnis verschiedener, unterschiedlich wirksamer Impfstoffe. Über Wirkungsweise, Nutzen und Risiken der Impfungen wurde die Bevölkerung wiederum unzureichend aufgeklärt.

All dies war ein idealer Nährboden für wilde Spekulationen, Desinformations- und Hetzkampagnen, welche große Teile der Bevölkerung zusätzlich verunsicherten oder gegen sinnvolle und notwendige Maßnahmen aufbrachten. Nach über einem dreiviertel Jahr Impfungen stagniert der Anteil vollständig Immunisierter bei etwas über 60%, während die Infektionszahlen gegenüber den entspannteren Sommermonaten wieder anstiegen. Dies zeigt deutlich eine noch unzureichende Immunität der Bevölkerung.

Diese Neuinfektionen bergen die ständige Gefahr der Entstehung neuer Virusvarianten, welche noch ansteckender sind, mehr schwere Verläufe verursachen und / oder gegen welche die bisherigen Impfungen nicht ausreichend immunisieren. Das würde alle bisherigen Bemühungen zunichte machen und eine weitere Fortsetzung und Verschärfung der Infektionsschutzmaßnahmen einschließlich weiterer Impfungen nach sich ziehen.

Ein Ende der Pandemie kann nur durch eine möglichst schnelle ausreichende Immunität der Bevölkerung erreicht werden. Mehrere Probleme sprechen dagegen, das durch Erkrankungen zu erreichen. Erstens wurde das Gesundheitswesen in den vergangenen Jahrzehnten in einem Maße kaputt gekürzt und in die Hände privater Geschäftemacher übertragen, welches keine großen COVID-19-Fallzahlen verkraftet. Zweitens werden durch die Erkrankung genau die schweren bis tödlichen Verläufe erzeugt, welche durch die Impfung vermieden werden. Drittens entstehen durch Infektionen immer neue und auch gefährlichere Mutationen.

Diese Gefahren rechtfertigen die Anwendung des Infektionsschutzgesetzes der BRD, §20 Absatz 6 und 7, zur Einführung einer Impfpflicht, die auch in der BRD schon bestand. Zusätzlich ist eine breite und qualifizierte gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung erforderlich.

Weiterhin müssen die BRD und andere wirtschaftlich führende Staaten ärmere Staaten bei der Immunisierung unterstützen, da die genannten Probleme sonst dort fortbestehen und sich gefährlichere Virusvarianten dann auch wieder hierher ausbreiten werden.

Eine Nötigung zur Impfung durch die Hintertür, Ungeimpften ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe einzuschränken oder ihnen im Quarantänefall die Existenzmittel zu entziehen, ist nicht nur rechtlich fragwürdig, sondern wird, worauf der DGB und andere Organisationen bereits hinwiesen, Ungeimpfte zur Umgehung der Infektionsschutzmaßnahmen motivieren.

Jede Impfung hat Nebenwirkungen und führt zu Komplikationen bis hin zu Todesfällen. Nur viel weniger als die Erkrankung. Selbstverständlich muss eine Impfpflicht die großzügige Handhabung von Schäden und Haftung der Impfstoffhersteller für Fahrlässigkeit bei Entwicklung und Produktion der Impfstoffe beinhalten.

Die Motive der Entscheidungsträger in einem kapitalistischen Staat sind nicht unsere. Aber bei Problemen, welche Arbeiter, die gesund und am Leben bleiben wollen, und ihre Ausbeuter, die gesund bleiben wollen und gesunde Arbeiter brauchen, gemeinsam haben, überschneidet sich unser Interesse mit dem unserer Feinde und unterscheidet uns gemeinsam von den irrationalen Impffeinden.

Nur eine schnell durchgesetzte Pflichtimpfung gegen COVID-19 kann die Endlosschleife der Einschränkungen und Lockerungen sicher beenden, auch wenn die erforderlichen Maßnahmen selbstverständlich im Interesse des Kapitals getroffen werden.